

Schriftliche Anfrage betreffend wieso ist Schulwegsicherheit eine grosse Sorge Basler Eltern – trotz UNICEF-Label «Kinderfreundliche Gemeinde»?

24.5425.01

1710 Kindergarten-Kinder sind Mitte August zum ersten Mal ihren neuen Schulweg gegangen – meist noch in Begleitung von Betreuungspersonen. Der Schulweg ist für Kinder eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Selbständigkeit. Die Stadt Basel ist Trägerin des Labels «Kinderfreundliche Gemeinde» von UNICEF. Die Auszeichnung bestätigt das Engagement der Stadt, die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu erkennen, ihre Anliegen aufzunehmen und ihr Lebensumfeld entsprechend zu gestalten. Trotzdem ist die Verkehrssicherheit auf dem Schulweg eine Sorge vieler Eltern in der Stadt Basel.

Der tödliche Unfall an der Kreuzung Elsässerstrasse / Hünigerstrasse am letzten Schultag vor den Sommerferien hat bei vielen Menschen im Kanton grosse Fragen ausgelöst, auch zur Thematik, wie der Kanton mit Meldungen von Eltern oder Schulen zu gefährlichen Stellen umgeht.

Es stellt sich die Frage, ob die Regierung der Thematik der Schulwegsicherheit eine genügende Wichtigkeit gibt. Auch sollte geklärt werden, ob es Möglichkeiten gibt, die Partizipation der Bevölkerung bei der Weiterentwicklung der Schulwegsicherheit zu verbessern und dem weitverbreiteten Gefühl, «eh nicht gehört zu werden» entgegenzuwirken. Ein Weg könnte die Erhöhung der Transparenz seitens Verwaltung sein bezüglich Massnahmen, die sie trifft nach Unfallanalysen, und bezüglich der Meldungen von Eltern, Kindern und Schulen resp. Betreuungsinstitutionen und Massnahmen, die sie trifft (oder nicht trifft) aufgrund von diesen.

Die Unterzeichnende bittet die Regierung, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Welchen Stellenwert hat die Thematik Schulwegsicherheit für die Regierung? Wie wird eine politische Prioritätensetzung sichergestellt bei Interessenkonflikten mit anderen Ansprüchen, wie dem Verkehrsfluss?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass trotz der Zuständigkeit diverser Departemente (BVD, JSD, ED) die politische und organisatorische Verantwortung für die Steuerung des Themas Schulwegsicherheit genügend wahrgenommen wird? Welches Departement hat den Lead für das Thema Schulwegsicherheit und ist bspw. zuständig bei der Kommunikation rund um Unfälle auf dem Schulweg?
3. Wo berichtet die Verwaltung über Massnahmen, die getroffen werden aufgrund von Unfallanalysen?
4. Im Aktionsplan Kinder- und Jugendfreundliche Stadt Basel 2020 – 2023» lautet eine Massnahme «Bei allen Kindergarten- und Schulstandorten wird bei Bedarf die Verkehrssicherheit erhöht.» Wie ist diese Massnahme 2020-2023 umgesetzt worden? Wo erfolgt die öffentliche Berichterstattung?
5. Wie viele gemeldete Anliegen aus der Bevölkerung, von den Schulen oder Elternorganisationen hat das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit 2022, 2023 und 2024 erhalten, und welche konkreten Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit werden getroffen? Bei wie vielen Anliegen erfolgten keine Massnahmen und wieso nicht?
6. An welchen weiteren Stellen können Anliegen gemeldet werden?
7. Welche Kompetenzen besitzt das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit?
8. Wäre es denkbar, dass das Koordinationsgremium Schulwegsicherheit eine öffentliche Berichterstattung zu gemeldete Anliegen sowie umgesetzten Massnahmen macht?
9. Gibt es beim Kanton genügend Personalressourcen für die Prüfung der Sicherheit von Schulwegen?
10. Hat die Verwaltung ein Umsetzungskonzept zur kurzfristigen Erhöhung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Baustellen für besonders vulnerable Gruppen wie Schulkinder?
11. Wie laufen die Antrags- und Entscheidungsprozesse, ob Verkehrslotsen bei Baustellen und vor Schulen eingesetzt werden? Wie viel Budget ist dafür vorhanden? Mussten 2022-2024 Anfragen abgelehnt werden wegen fehlendem Budget?
12. Wieso ist das Thema Schulwegsicherheit in der Familienbefragung des Kantons nicht abgebildet? Kann dies in Zukunft ergänzt werden?
13. Die Frist für die Erstellung des Ratschlags zum Umsetzungskonzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulhäusern und Kindergärten läuft nach mehrmaligen Fristverlängerungen im Frühling 2025 ab. Darf das Parlament mit dem Ratschlag zeitnah rechnen?

Barbara Heer